


## Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 21.10.2015

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:10 Uhr
<b>Ende:</b>	21:15 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Stadtratsvorsitzende:</b>	Frau Pelke
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

<b>I.</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Mündliche Berichterstattung zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt	
4.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4.1.	Kentlichmachung Standorte ehemaliger Bauwerke	<b>2023/15</b>
5.	Aktuelle Stunde	
5.1.	Aktuelle Stunde - Lösungsfindung Nordhäuser Straße Einr.: Fraktion CDU	<b>2175/15</b>

- |        |  |                |
|--------|--|----------------|
| 6.     | Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)  |                |
| 6.1.   | Dringliche Anfragen  |                |
| 6.1.1. | Dringliche Anfrage - Studentisches Wohnen in der alten Zahnklinik<br>Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.  | <b>2159/15</b> |
| 6.1.2. | Dringliche Anfrage - Ringvorlesungen der Universität Erfurt im Rathausfestsaal<br>Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU  | <b>2176/15</b> |
| 6.1.3. | Dringliche Anfrage - Durchsetzung von Abschiebungen<br>Fragesteller: Herr Vothknecht, Fraktion CDU   | <b>2198/15</b> |
| 6.1.4. | Dringliche Anfrage - Unterstützung für Erfurter Konzertveranstalter<br>Fragesteller: Herr Haase, Fraktion DIE LINKE.   | <b>2217/15</b> |
| 6.2.   | Anfragen   |                |
| 6.2.1. | Entlastung des Durchgangsverkehrs im Fischersand<br>Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU  | <b>2074/15</b> |
| 6.2.2. | Andreasviertel<br>Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU  | <b>2075/15</b> |
| 6.2.3. | Schriftliche Berichterstattung und Information zur Situation der Flüchtlinge/Asylbewerber in der Landeshauptstadt Erfurt<br>Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU | <b>2108/15</b> |
| 6.2.4. | Soziale Medien in der Verwaltung<br>Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU  | <b>2116/15</b> |
| 6.2.5. | Semesterticket<br>Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU  | <b>2117/15</b> |
| 6.2.6. | Zusätzliche Unterstützung des Bundes in der Flüchtlingsfrage<br>Fragestellerin: Frau Tillmann, Fraktion CDU  | <b>2131/15</b> |
| 6.2.7. | Heizwerk Gispersleben<br>Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.  | <b>2047/15</b> |

6.2.8.	Kostenlose WLAN-Hotspots auf öffentlichen Plätzen in Erfurt Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	<b>2048/15</b>
6.2.9.	Funktionsbereich Zentrale Steuerung Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.	<b>2136/15</b>
6.2.10.	Stand Platznutzungskonzept Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>2118/15</b>
6.2.11.	Freigabe der Mittel nach § 4 und § 16 der Ortsteilverfassung Fragesteller: Herr Haß, Ortsteilbürgermeister Moskauer Platz	<b>2015/15</b>
6.2.12.	Mittelfreigabe nach § 4 und § 16 der Ortsteilverfassung Fragesteller: Herr Stampf, Ortsteilbürgermeister Sulzer Siedlung	<b>2135/15</b>
6.2.13.	Feuerwehrgerätehaus in Töttleben Fragesteller: Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben	<b>2174/15</b>
7.	Große Anfrage nach § 9 Abs. 5 GeschO	
7.1.	Klimaschutz in Erfurt Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>1881/15</b>
8.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Neubesetzung sachkundiger Bürger im OSO Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2144/15</b>
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Aufhebung der Entgeltordnung Jugendarbeit EF - Privatrechtliche Entgelte für Angebote der Jugendarbeit der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>0385/13</b>
9.2.	Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein weiteres Wohngebiet im Ortsteil Töttelstädt Einr.: Ortsteilbürgermeister Töttelstädt	<b>1546/14</b>

9.3.	Netzwerk Regiopolregionen Einr.: Oberbürgermeister	<b>1690/14</b>
9.4.	Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan Grün" - Billigung des Planes Einr.: Oberbürgermeister	<b>2288/14</b>
9.4.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Töttelstädt zur DS 2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkon- zept "Masterplan Grün" - Billigung des Planes	<b>1190/15</b>
9.4.2.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Rieth zur DS 2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan Grün" - Billigung des Planes	<b>1196/15</b>
9.4.3.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt zur DS 2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Mas- terplan Grün" - Billigung des Planes	<b>1268/15</b>
9.4.4.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim zur DS 2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Mas- terplan Grün" - Billigung des Planes	<b>1285/15</b>
9.4.5.	Antrag des Oberbürgermeisters zur DS 2288/14 - Land- schaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan Grün" - Billigung des Planes	<b>2022/15</b>
9.5.	Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Eigenbe- triebes Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	<b>0021/15</b>
9.6.	Neufassung der "Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung" Einr.: Oberbürgermeister	<b>1350/15</b>
9.6.1.	Antrag des Oberbürgermeisters zur DS 1350/15 - Neufas- sung der "Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung"	<b>1989/15</b>
9.7.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV643 "Wohnen am Auenpark"; Einleitungs -und Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	<b>1520/15</b>

9.8.	SWE Stadtwerke Erfurt GmbH - Beschlussfassung zur Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Einr.: Oberbürgermeister	<b>1522/15</b>
9.9.	Naturschutzförderung durch die Maßnahme "Entwicklung von Natur und Landschaft ENL" - erstmalige Öffnung des Programmes für die Städte Erfurt, Jena und Gera für den Förderzeitraum 2015 bis 2020 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1558/15</b>
9.10.	Änderungsvorschläge der Verwaltung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2016/17 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1592/15</b>
9.10.1.	interfraktioneller Antrag zur Drucksache 1592/15 - Änderungsvorschläge der Verwaltung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2016/17	<b>2162/15</b>
9.11.	Kreditaufnahme aus Haushaltseinnahmerest (HER) 2014 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1763/15</b>
9.12.	Obstbäume unter Schutz Einr.: Fraktion SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE.	<b>1819/15</b>
9.13.	Kreditaufnahme zur Finanzierung des Investitionsvorhabens Multifunktionsarena Einr.: Oberbürgermeister	<b>1974/15</b>
9.14.	2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2015 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1986/15</b>
9.15.	Diversity-Richtlinie für die Außendarstellung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2084/15</b>
9.16.	Gebührenfreies WLAN in der Stadt- und Regionalbibliothek sowie den Stadtteilbibliotheken Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2085/15</b>

9.16.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2085/15 - Gebührenfreies WLAN in der Stadt- und Regionalbibliothek sowie den Stadtteilbibliotheken	<b>2220/15</b>
9.17.	Besetzungen sachkundiger Bürger in den Ausschüssen Einr.: Fraktion SPD	<b>2091/15</b>
9.17.1.	Änderungsantrag der SPD Fraktion zur Drucksache 2091/15 - Besetzung sachkundiger Bürger in den Ausschüssen	<b>2219/15</b>
9.18.	Überarbeitung des Nahverkehrsplans Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2110/15</b>
9.19.	Bundesmittel für Sanierung kommunaler Einrichtungen Einr.: Fraktion CDU	<b>2111/15</b>
9.19.1.	Änderungsantrag der SPD Fraktion zur Drucksache 2111 - Bundesmittel für Sanierung kommunaler Einrichtungen	<b>2218/15</b>
10.	Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 15. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktion für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 35 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Abschließend wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause nach Absprache im Hauptausschuss in der Zeit von 18.50 Uhr bis 19.30 Uhr stattfindet.

## 2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Zusätzlich aufgenommen werden sollte:

- Drucksache 2144/15  
Neubesetzung sachkundiger Bürger im OSO  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht. Die Drucksache wird unter TOP 8.1 in die Tagesordnung aufgenommen und sofort abgestimmt, erklärte die Stadtratsvorsitzende.

Auf Antrag des Einreichers wurde folgender Tagesordnungspunkt vertagt:

- TOP 7.1 – Drucksache 1881/15  
Klimaschutz in Erfurt  
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Folgende Drucksache wurde vom Einreicher zurückgezogen:

- TOP 9.18 – Drucksache 2110/15  
Überarbeitung des Nahverkehrsplans  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.



Der folgende Tagesordnungspunkt sollte vorgezogen und direkt nach der Pause behandelt werden:

- TOP 9.10 – Drucksache 1592/15  
Änderungsvorschläge der Verwaltung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2016/17  
Einr.: Oberbürgermeister

Zudem wurde signalisiert, dass zu folgenden Tagesordnungspunkten kein Redebedarf besteht:

- TOP 9.1 – Drucksache 0385/15  
Aufhebung der Entgeltordnung Jugendarbeit EF - Privatrechtliche Entgelte für Angebote der Jugendarbeit der Landeshauptstadt Erfurt  
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.6 – Drucksache 1350/15  
Neufassung der "Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung"  
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.7 – Drucksache 1520/15  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV643 "Wohnen am Auenpark"; Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss  
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.9 – Drucksache 1558/15  
Naturschutzförderung durch die Maßnahme "Entwicklung von Natur und Landschaft ENL" - erstmalige Öffnung des Programmes für die Städte Erfurt, Jena und Gera für den Förderzeitraum 2015 bis 2020  
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.11 – Drucksache 1763/15  
Kreditaufnahme aus Haushaltseinnahmerest (HER) 2014  
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 9.14 – Drucksache 1986/15  
2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2015  
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass dann jeweils nur der Tagesordnungspunkt aufgerufen und sofort abgestimmt wird. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

### **3. Mündliche Berichterstattung zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt**

Der Oberbürgermeister ging in seiner Berichterstattung auf die aktuelle Situation auf dem Messegelände Erfurt ein und erklärte, dass die Messe ab dem 22.10. nicht mehr zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werde, da die Messe "Reisen und Caravan" vorbereitet und der normale Messebetrieb wieder aufgenommen werde.

Die Flüchtlinge werden in anderen Einrichtungen untergebracht und somit seien die Kapazitäten der Stadt Erfurt zunächst erschöpft. Bis zum 01. November werden keine neuen Flüchtlinge ankommen und bis dahin seien hoffentlich neue Unterkünfte fertig bzw. einzugsbereit, erklärte er.

In seinen Ausführungen ging er auf die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und auf die Anerkannten und Ausreisepflichtigen sowie weitere geplante Unterkünfte ein.

Abschließend sprach er seinen Dank an alle Mitarbeiter der Verwaltung und die Beigeordneten hinsichtlich der Mitarbeit in allen Bereichen der Flüchtlingsproblematik aus und verwies auf die zukünftige Information im nächsten Stadtrat.

### **4. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 Gescho)**

Es lag eine Einwohneranfrage schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Hinweis der Stadtratsmitglieder durch Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

#### **4.1. Kenntlichmachung Standorte ehemaliger Bauwerke 2023/15**

Der Fragesteller war nicht anwesend.

**zur Kenntnis genommen**

### **5. Aktuelle Stunde**

#### **5.1. Aktuelle Stunde - Lösungsfindung Nordhäuser Straße 2175/15 Einr.: Fraktion CDU**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass ein Antrag mit Drucksache 2175/15 - Aktuelle Stunde - Lösungsfindung Nordhäuser Straße - von der Fraktion CDU vorliegt.

Weiterhin verwies sie auf die Redezeit, welche gemäß Geschäftsordnung je Fraktion und Oberbürgermeister 6 Minuten sowie für die fraktionslosen Stadtratsmitglieder 2 Minuten beträgt.

Zu Beginn der Diskussion beantragte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, das Rederecht für die Vertreterin der Bürgerinitiative.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., sprach sich für eine Zeitbegrenzung von fünf Minuten für die Einstiegsrede der Bürgerinitiative aus.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über diese Anträge abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurden die Anträge bestätigt und der Vertreterin der Bürgerinitiative ein Rederecht von fünf Minuten gewährt.

Sodann erläuterte die Vertreterin der Bürgerinitiative die Sichtweise der Anwohner vor Ort und betonte deutlich, dass sie sich von dem aktuellen Zeitungsartikel der TLZ distanzieren und sich gegen die hohen Kosten für einen Mediator aussprechen.

Für die Fraktion CDU sprachen Herr Pfistner, Herr Panse, Herr Prof. Dr. Dr. Pistner und Herr Kallenbach. Zu Beginn erläuterte Herr Pfistner die Intention der aktuellen Stunde und das Anliegen seiner Fraktion. Hierbei ging er insbesondere auf die Sichtweise der Bürgerinitiative ein und umstrittenen Einsatz eines Mediators, wobei Herr Panse konkret die Aufgabe des Mediators hinterfragte.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner betonte in seinen Ausführungen, dass er nicht die Nordhäuser Straße sondern die Magdeburger Allee als gefährlichste Straße ansehe.

Herr Kallenbach unterstützte die Sichtweise der Bürgerinitiative, indem er darauf hinwies, dass sie nicht gegen ein Mediationsverfahren seien sondern lediglich gegen die damit verbundenen Kosten. Zudem erläuterte er Maßnahmen, mit welchen die Attraktivität des Radverkehrs verbessert wird.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtweise und nahm Bezug auf die Diskussionen im Ausschuss zur Thematik. Auf jeden Fall solle eine Lösung bis zur BUGA 2021 gefunden werden, betonte er. Weiterhin sprach er sich deutlich gegen die hohen Ausgaben für einen Mediator aus und regte an neue Lösungsvorschläge zu erarbeiten und sozusagen nochmals bei null anzufangen.

Der Oberbürgermeister äußerte sich dankbar für die Thematik und verwies zugleich auf die bereits - einstimmig - gefassten Beschlüsse insbesondere zum Radweg in der Nordhäuser Straße. Zudem ging er in seinen Ausführungen auf die Beratung der Bürgerinitiative mit den Fraktionen ein mit dem Hinweis, dass der Vorschlag für einen Mediator von ihm selbst kam und sich zum damaligen Zeitpunkt kein Widerspruch dagegen erhob. Die jetzigen Sichtweisen gegen den Vorschlag habe auch er nur aus der Zeitung erfahren, dies sehe er kritisch, da die Kommunikation das Wichtigste sei um eine Lösung zu finden. Zudem sei eine gewisse Kompromissbereitschaft von allen Beteiligten notwendig, betonte er. Abschließend sprach er sich nochmals ausdrücklich für einen Mediatoren aus, jedoch nicht

gemäß dem Vorschlag der Bürgerinitiative, da diese Person in der Nordhäuser Straße wohnt und somit eine notwendige Neutralität nicht gegeben sei. Ein Mediator solle nicht das Ziel verfolgen die Ansichten der Bürgerinitiative umzusetzen, sondern zwischen beiden Parteien vermitteln und einen Kompromiss finden.

Für die Fraktion DIE LINKE. führte der Fraktionsvorsitzende, Herr Bärwolff, zur Thematik aus und sprach sich für eine professionelle Moderation zur Thematik aus. Für das Ziel eines tragfähigen Konsens und eines guten Ergebnisses für die Stadt seien die 85.000 Euro angemessen - jedoch die Obergrenze, betonte er.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative und betonte dessen Wichtigkeit. Aus Sicht seiner Fraktion sei der Austausch mit einem Moderator nach dem aktuellen Sachstand vorteilhaft, da für einen Kompromiss und die Kooperation mit den Bürgern ein professioneller Moderator notwendig sei, auch für die angesetzten Kosten. Für eine Lösungsfindung sei eine Moderation das Geld wert, erklärte er.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, führte ebenfalls zur Thematik aus und wies darauf hin, dass bei einem solchen vorliegenden Disput zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinitiative in gewisser Weise ein Vertrauensproblem vorliege, welches zwingend professionell von einem außenstehenden Moderator geklärt und gelöst werden solle. Jedoch regte er an, das Geld nicht gleich am Anfang auf den Tisch zu legen und eine Fertigstellung bis zur BUGA zu ermöglichen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende die Aussprache zur aktuellen Stunde.

## **zur Kenntnis genommen**

### **6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)**

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfragen in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

#### **6.1. Dringliche Anfragen**

- 6.1.1. Dringliche Anfrage - Studentisches Wohnen in der alten Zahnklinik 2159/15**  
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 12

Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

*Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.*

Die Nachfrage der Fragestellerin wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, beantwortet.

**zur Kenntnis genommen**

**6.1.2. Dringliche Anfrage - Ringvorlesungen der Universität Erfurt im Rathausfestsaal** 2176/15  
**Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU**

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 12

Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

*Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.*

Der Fragesteller bat um Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung zur Einrichtung eines Live-Streams im Nebenraum des Festsaales bei entsprechend großen Veranstaltungen.	Drucksache 2257/15
Hierzu sicherte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur eine schriftliche Beantwortung zu.	

**zur Kenntnis genommen**

**6.1.3. Dringliche Anfrage - Durchsetzung von Abschiebungen 2198/15**  
**Fragesteller: Herr Vothknecht, Fraktion CDU**

In Vertretung des Fragestellers begründete Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, die Dringlichkeit der Anfrage.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37  
Nein-Stimmen: 2  
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

*Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.*

In Vertretung des Fragestellers nahm Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, Bezug zur Beantwortung und bat darum die geänderte Zuständigkeitsverordnung des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie die angepasste Verwaltungsvorschrift zur Zuständigkeit – sobald diese vorliegt – dem Hauptausschuss zur Kenntnis zu geben.	Drucksache 2258/15
--	-----------------------

**zur Kenntnis genommen**

**6.1.4. Dringliche Anfrage - Unterstützung für Erfurter Konzert- 2217/15**  
**veranstalter**  
**Fragesteller: Herr Haase, Fraktion DIE LINKE.**

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

*Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.*

Der Fragesteller zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Damit wurden der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**6.2. Anfragen**

**6.2.1. Entlastung des Durchgangsverkehrs im Fischersand 2074/15**  
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.2. Andreasviertel 2075/15**  
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.3. Schriftliche Berichterstattung und Information zur Situation der Flüchtlinge/Asylbewerber in der Landeshauptstadt Erfurt 2108/15**  
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU

Der Fragesteller bat um Ergänzung zu weiteren Aufschlüsselungen der Herkunft der Flüchtlinge.

Hierzu verweist Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur auf die bereits vorliegende Auflistung in verschiedenen Drucksachen.

Auf Grund weiterer Nachfragen erläuterte Frau Thierbach nochmals die derzeit vorliegenden Zahlen und Informationen zur Situation der Flüchtlinge.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.4. Soziale Medien in der Verwaltung**  
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

2116/15

Der Fragesteller bat um eine Einschätzung des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Thematik insbesondere mit dem Hinweis, dass andere Städte wie beispielsweise Ilmenau, Leipzig oder Halle durchaus eine Präsentation in den sozialen Medien pflegen.  Hierzu sicherte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur eine schriftliche Beantwortung zu.	Drucksache 2259/15
--	-----------------------

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.5. Semesterticket**  
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

2117/15

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.6. Zusätzliche Unterstützung des Bundes in der Flüchtlingsfrage**  
Fragestellerin: Frau Tillmann, Fraktion CDU

2131/15

Die Fragestellerin zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung. Ihre Nachfrage wurde von Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.7. Heizwerk Gispersleben**  
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

2047/15

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**



**6.2.8.        Kostenlose WLAN-Hotspots auf öffentlichen Plätzen in        2048/15**  
Erfurt  
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.9.        Funktionsbereich Zentrale Steuerung        2136/15**  
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.10.       Stand Platznutzungskonzept        2118/15**  
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurden der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**6.2.11.       Freigabe der Mittel nach § 4 und § 16 der Ortsteilverfas-        2015/15**  
sung  
Fragesteller: Herr Haß, Ortsteilbürgermeister Moskauer  
Platz

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.12. Mittelfreigabe nach § 4 und § 16 der Ortsteilverfassung**  
**Fragesteller: Herr Stampf, Ortsteilbürgermeister Sulzer**  
**Siedlung**

2135/15

<p>Der Fragesteller war unzufrieden mit der Beantwortung und wies darauf hin, dass nach eventueller Bestätigung der Mittelfreigabe nach § 4 und § 16 der Ortsteilverfassung durch den Finanzausschuss am 28.10.2015 die Verwendung der Mittel dann zunächst in den Ortsteilräten beschlossen werden muss und somit die Mittelverwendung im Hinblick auf den Kassenschluss Mitte Dezember nicht mehr in Frage kommen kann und fragte nach, ob dies so gewollt sei bzw. der Zeitpunkt für die Mittelbestätigung bewusst nach hinten geschoben wurde.</p> <p>Hierzu sicherte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur eine Beantwortung im Finanzausschuss zu.</p>	<p>Drucksache 2260/15</p>
--	-------------------------------

**zur Kenntnis genommen**

**6.2.13. Feuerwehrgerätehaus in Töttleben**  
**Fragesteller: Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kersple-**  
**ben**

2174/15

<p>Der Fragesteller zeigte sich unzufrieden damit, dass der Ersatzneubau eines Gerätehauses für die Löschgruppe Töttleben, welche der Freiwilligen Feuerwehr Kerspleben zugeordnet ist, auf Grund der Haushaltssituation verschoben wurde und eine Realisierung gemäß dem mittelfristigen Investitionsprogramm nicht vor 2020 erfolgen soll.</p> <p>Hierzu fragte er nach, welche Übergangslösung geschaffen werden kann.</p> <p>Zudem beantragte er die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.</p>	<p>Drucksache 2261/15</p>
---	-------------------------------

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Damit wurden der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

7. Große Anfrage nach § 9 Abs. 5 GeschO

7.1. Klimaschutz in Erfurt 1881/15  
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vertagt

8. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

8.1. Neubesetzung sachkundiger Bürger im OSO 2144/15  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Beschluss:

01

Rolf Rebhan wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile abberufen.

02

Harald Neubacher wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile berufen.

9. Entscheidungsvorlagen

9.1. Aufhebung der Entgeltordnung Jugendarbeit EF - Privat- 0385/13  
rechtliche Entgelte für Angebote der Jugendarbeit der  
Landeshauptstadt Erfurt  
Einr.: Oberbürgermeister

In Bezug auf die verbleibende Zeit bis zur Pause schlug die Stadtratsvorsitzende vor, zunächst alles Drucksachen, die nach der Vereinbarung unter TOP 2 ohne Diskussion abgestimmt werden sollten, vor zu ziehen und vor der Pause zu behandeln.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch und es wurde dementsprechend verfahren.

Zum TOP 9.1 gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 24.09.2015 einstimmig bestätigte (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.10.2015 ebenfalls einstimmig (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Die Entgeltordnung für privatrechtliche Entgelte für Angebote der Jugendarbeit der Landeshauptstadt Erfurt –Entgeltordnung Jugendarbeit EF- Stadtratsbeschluss vom 29.08.2001 (Beschl.-Nr. 142-2001), veröffentlicht im Amtsblatt am 16.11.2001 wird mit Wirkung vom 01.10.2015 aufgehoben.**

Anschließend wurde der TOP 9.6 behandelt.

**9.2.            Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein weiteres            1546/14**  
**Wohngebiet im Ortsteil Töttelstädt**  
**Einr.: Ortsteilbürgermeister Töttelstädt**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.18 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 17.12.2014.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 29.09.2015 (Ja 6 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE. auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vor.

Herr Müller, Ortsteilbürgermeister Töttelstädt, hinterfragte den Antrag auf erneute Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erklärte, dass sich dieser Vorschlag nicht gegen den Ortsteilbürgermeister richte, sondern noch verwaltungstechnische Schritte notwendig seien.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach sich gegen eine nochmalige Vertagung bzw. Verweisung der Drucksache aus.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ging in seinen Ausführungen auf die inhaltlichen Punkte der Vorlage ein. Da es sich bei dem ausgewiesenen Gebiet um ein Wohngebiet handelt, sehe er keine Gegenargumente zur vorliegenden Drucksache.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, kritisierte das langwierige Verfahren zu der Drucksache.

Im Zuge der Diskussion zeigte sich Herr Müller kompromissbereit und signalisierte die Drucksache zu vertagen – jedoch nicht nochmals in den Ausschuss zu verweisen – bis das ISEK vorliegt.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., äußerte sich kritisch gegenüber zu vielen Wohngebieten in den Ortschaften und begrüßte den Vorschlag des Einreichers auf Vertagung der Drucksache bis zur Vorlage des ISEK.

Herr Kallenbach regte an, die Vertagung einzuschränken bis zur Vorlage des Eckpunktepapiers zum ISEK, da dieses schon frühzeitiger – etwa bis Ende des Jahres – erwartet werde. Das ISEK selbst werde nicht vor dem Ende nächsten Jahres vorliegen.

Diese Aussage bestätigte auch Herr Dr. Warweg mit dem Hinweis, dass dies auch ebenfalls im zuständigen Ausschuss dem Einreicher vorgeschlagen wurde.

Daraufhin gab es keine weiteren Wortmeldungen. Somit fragte die Stadtratsvorsitzende bei den einreichenden Fraktionen des Verweisungsantrages nach, ob dieser weiterhin bestehe. Dazu erklärten die Fraktion SPD und DIE LINKE., dass der Verweisungsantrag zurückgezogen sei.

Abschließend zeigte sich einvernehmliche und fraktionsübergreifende Einigung mit dem Einreicher *die Drucksache bis zur Vorlage des Eckpunktepapiers zum ISEK zu vertagen* und es erübrigte sich eine Abstimmung zur Drucksache.

## **vertagt**

Anschließend wurde der TOP 9.5 aufgerufen.

### **9.3.            Netzwerk Regiopolregionen Einr.: Oberbürgermeister**

**1690/14**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.10 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 29.09.2015 bestätigte (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0).

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- der Oberbürgermeister,

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU und
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen zur Drucksache erläutert. Zudem wurden die Erwartungen der Stadtverwaltung von dem Netzwerk der Regiopolregion sowie die Vorteile für die Stadt Erfurt von Herrn Städter hinterfragt.

Herr Kallenbach sah die Vorlage lediglich als Alternative zu der – nach seiner Sichtweise sinnvoller – Metropolregion. Eine Zusammenarbeit mit Mitteldeutschland sowie mit Städten, welche Gemeinsamkeiten mit Erfurt haben und im Hinblick auf die Umsetzung großer Projekte sei die Zukunft in der Metropolregion anstatt in der Regiopolregion, erklärte er.

Herr Kanngießer verwies auf die ausgetauschten Argumentationen im zuständigen Ausschuss und begrüßte eine Zusammenarbeit im Bund mit anderen Städten.

Der Oberbürgermeister ging in seinen Ausführungen zur Thematik auf die Nachfragen seiner Vorredner ein und erklärte, dass es schon seit mehreren Jahren den Antrag für dieses Netzwerk gab, da auch andere Städte Mitglied sind und eine Zusammenarbeit mit gleichgroßen Städten – wie bspw. Jena – angestrebt werde. Weiterhin wies er darauf hin, dass der Beitritt zur Metropolregion eine fünfstellige Summe kosten würde und Erfurt im Blick auf andere großen Städte keine Metropole sei. Daher sei das Netzwerk Regiopolregion für Erfurt eine sinnvollere Variante.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

**beschlossen Ja 22 Nein 11 Enthaltung 1 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Die Stadt Erfurt arbeitet im Städtenetzwerk „Regiopolregionen für Deutschland“ mit. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die interkommunale Vereinbarung zwischen den Städten Bielefeld, Paderborn, Rostock und Erfurt (Anlage 1) zu unterzeichnen.**

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.)*

Im Anschluss an die Abstimmung verwies Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. auf die zeitgleich stattfindende Demonstration in der Erfurter Innenstadt und bat um kurze Diskussionen um eine Teilnahme der Stadträte an der Demonstration zu ermöglichen.

**9.4.            Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan            2288/14  
                   Grün" - Billigung des Planes  
                   Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache wurde von allen Ortsteilräten bestätigt wurde, außer vom Ortsteilrat Egstedt.

Zudem lagen von folgenden Ortsteilbürgermeistern Anträge vor:

- Ortsteilbürgermeister Töttelstädt (Drucksache 1190/15)  
Dieser wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigt (5/4/2/0).
- Ortsteilbürgermeister Rieth (Drucksache 1196/15)  
Dieser wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigt (10/0/1/0).
- Ortsteilbürgermeister Ermstedt (Drucksache 1268/15)  
Dieser wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigt (10/0/1/0).
- Ortsteilbürgermeister Hochheim (Drucksache 1285/15)  
Dieser wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abgelehnt (4/5/2/0).

Weiterhin lag ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 2022/15 vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 29.09.2015 in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 2022/15) (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik. In seinen Ausführungen hinterfragt er den Hinweis zum aktuellen Stand der BUGA und kritisierte die fehlende Bürgerbeteiligung.

Herr Kordon, Fraktion CDU, stand der Vorlage kritisch gegenüber. Aus Sicht seiner Fraktion sollte zunächst das ISEK abgewartet werden. daher werde seine Fraktion nicht zustimmen, erklärte er.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, forderte die Einbringung der Kerspleber Chaussee und stärkere Kontrollen sowie mehr Grün in der Stadt und den Ortsteilen.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betonte die Wichtigkeit des Landschaftsplanes und begrüßte das vorliegende Rahmenkonzept "Masterplan Grün" und dessen interessante Gestaltung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit erklärte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Abstimmungsvorschlag und rief zu Beginn den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Töttelstädt (Drucksache 1190/15) zur Abstimmung auf.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser bestätigt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Rieth (Drucksache 1196/15).

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser ebenfalls bestätigt.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt (Drucksache 1268/15) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser bestätigt.

Weiterhin erfolgte die Abstimmung des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Hochheim (Drucksache 1285/15).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	4

Damit wurde dieser abgelehnt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 2022/15) auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat nimmt den Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan Grün" als Fachplan des Naturschutzes zur Kenntnis.**

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)*

**9.4.1. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Töttelstädt 1190/15  
zur DS 2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan Grün" - Billigung des Planes**

**bestätigt Ja 29 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0**



9.4.2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Rieth zur DS 2288/14 - 1196/15  
Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan  
Grün" - Billigung des Planes

bestätigt Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9.4.3. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Ermstedt zur DS 1268/15  
2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Mas-  
terplan Grün" - Billigung des Planes

bestätigt Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9.4.4. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Hochheim zur DS 1285/15  
2288/14 - Landschaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Mas-  
terplan Grün" - Billigung des Planes

abgelehnt Ja 11 Nein 19 Enthaltung 4 Befangen 0

9.4.5. Antrag des Oberbürgermeisters zur DS 2288/14 - Land- 2022/15  
schaftsplan Erfurt / Rahmenkonzept "Masterplan Grün" -  
Billigung des Planes

bestätigt

9.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Eigenbe- 0021/15  
triebes Thüringer Zoopark Erfurt  
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.2 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt die Drucksache in seiner Sitzung am 20.10.2015 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende sogleich zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt mit einer Bilanzsumme von 21.418.718,54 EUR und einem Jahresverlust von 352.553,66 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresverlust von 352.553,66 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

03

Der Verlustvortrag aus dem Wirtschaftsjahr 2009 in Höhe von 501.428,29 EUR wird gemäß § 8 Abs. 2 Thüringer Eigenbetriebsverordnung mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

04

Der Werkleiterin Frau Kathrin Hoyer wird für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 30.09.2014 Entlastung erteilt.

05

Der Werkleiterin Frau Dr. Dr. Sabine Merz wird für den Zeitraum vom 01.10.2014 bis zum 31.12.2014 Entlastung erteilt.

06

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2015 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz wird die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Fundus Revision GmbH bestellt. Der Prüfungsauftrag ist bis Dezember 2015 durch die Werkleitung auszulösen. Im Prüfungsauftrag ist die Vorlage des Abschlussberichtes 2015 bis spätestens Ende Juni 2016 zu vereinbaren. Der Prüfungsbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

07

Gemäß § 25 Absatz 4 Thüringer Eigenbetriebsverordnung ist neben den Beschlüssen über die Feststellung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung auch der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers ortsüblich bekanntzugeben. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

Im Anschluss an die Abstimmung erfolgte die Pause.

9.6. Neufassung der "Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt 1350/15  
zur kommunalen Kulturförderung"  
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.1 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass zur Drucksache liegt ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 1989/15 vorliegt.

Der Kulturausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 01.10.2015 in der Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 1989/15) einstimmig (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.10.2015 einschließlich der Änderung der Verwaltung (Drucksache 1989/15) (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 1989/15).

**mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung.

**02**

Sämtliche Fördermittel des Kulturbereiches werden ab der Förderperiode 2016 nach Maßgabe dieser Richtlinie vergeben.

**03**

Auf Grundlage dieser Richtlinie sind durch die Kulturdirektion neue Vordrucke für die Beantragung und die Abrechnung der Fördermittel zu entwickeln.

**04**

Die Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung, Stadtratsbeschluss zur Drucksache 0131/09 vom 25.03.2009, wird mit In-Kraft-Treten der neuen Richtlinie aufgehoben.

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)*

Anschließend wurde der TOP 9.7 aufgerufen.

<b>9.6.1.</b>	<b>Antrag des Oberbürgermeisters zur DS 1350/15 - Neufassung der "Richtlinie der Landeshauptstadt Erfurt zur kommunalen Kulturförderung"</b>	<b>1989/15</b>
---------------	--	----------------

**bestätigt**

<b>9.7.</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV643 "Wohnen am Auenpark"; Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister</b>	<b>1520/15</b>
-------------	---	----------------

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 29.09.2015 einstimmig bestätigte (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 13.07.2015, für das Vorhaben „Wohnen am Auenpark“ wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll für den in der Anlage 1 dargestellten Bereich eingeleitet werden.

**02**

Für den Bereich in der Andreasvorstadt, nördlich der Riethstraße, westlich der Radrennbahn und östlich der Großsiedlung Berliner Platz soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 1 S. 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ANV643 „Wohnen am Auenpark“ aufgestellt werden.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Wohnsiedlung mit Geschosswohnungsbau
- planungsrechtliche Umsetzung eines in einem Wettbewerbsverfahren zu entwickelnden Baukonzeptes hinsichtlich Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise und der überbaubaren Grundstücksflächen
- Sicherung der Erschließung
- Sicherung eines adäquaten gestalteten Freiraumanteils unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Buga-Wettbewerbes
- Bewältigung möglicher Konflikte hinsichtlich Immissions- und Artenschutz
- Sicherung gestalterischer Grundprinzipien für Hauptgebäude, Nebenanlagen und Freiräume
- Sicherung einer Ost-West-Durchwegung des Plangebietes und einer Nord-Süd-Durchwegung im Osten

**03**

Der Lageplan des Vorhabens (Anlage 2) und die Beschreibung der Grundzüge des Vorhabens (Anlage 3) werden als Grundlage der Wettbewerbsaufgabenstellung und des Bebauungsplanes ANV643 "Wohnen am Auenpark" unter Maßgabe der vorgenannten im Weiteren zu beachtenden grundsätzlichen Planungsziele gebilligt.

**04**

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB verzichtet.

05

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

07

Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

08

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag (§ 11 Abs. 1 Satz 1 BauGB) abzuschließen, der die Durchführung eines Planungswettbewerbes gemäß RPW 2013 als Einladungswettbewerb durch den Vorhabenträger regelt und festzuschreibt, dass einer der Preisträger des Wettbewerbes vom Vorhabenträger auf dessen Kosten mit den vollständigen Planungsleistungen bis zur Ausführungsplanung (einschließlich Leistungsphase 5 HOAI) zu beauftragen ist.

*(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – c beigelegt.)*

Anschließend wurde der TOP 9.9 aufgerufen.

- 9.8. SWE Stadtwerke Erfurt GmbH - Beschlussfassung zur Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst** 1522/15  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.4 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 01.10.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Vorlage.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, nahm Bezug zum Inhalt der Drucksache und teilte mit, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde.

Herr Gloria, Fraktion SPD, erläuterte seinen Sichtweise zur Thematik.

Abschließend führte Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, zur Thematik aus und plädierte für die Drucksache.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

**beschlossen Ja 24 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat stimmt zu, dass der Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH die nachfolgenden Beschlüsse fasst:**

**01**

**Die Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH stellt fest, dass derzeit im Aufsichtsrat der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH ein Frauenanteil von 11,1 % besteht. Die Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH beschließt, dass dieser Frauenanteil als Zielgröße bis zum 30. Juni 2017 im Aufsichtsrat der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH zumindest beibehalten werden soll.**

**02**

**Die Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH stellt fest, dass derzeit nur ein Geschäftsführer in der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH bestellt ist und somit ein Frauenanteil von 0 % besteht. Die Gesellschafterversammlung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH beschließt, dass dieser Frauenanteil als Zielgröße bis zum 30. Juni 2017 in der Geschäftsführung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH zumindest beibehalten werden soll.**

- |             |  |                |
|-------------|--|----------------|
| <b>9.9.</b> | <b>Naturschutzförderung durch die Maßnahme "Entwicklung von Natur und Landschaft ENL" - erstmalige Öffnung des Programmes für die Städte Erfurt, Jena und Gera für den Förderzeitraum 2015 bis 2020<br/>Einr.: Oberbürgermeister</b> | <b>1558/15</b> |
|-------------|--|----------------|

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.7 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 29.09.2015 einstimmig bestätigte (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Beschluss:

01

Die Stadt Erfurt nutzt im Zeitraum 2015 – 2020 die Möglichkeiten der EFRE-Förderung zur Förderung von Vorhaben zur Entwicklung von Natur und Landschaft (ENL). Eine Beteiligung am Förderprogramm mit Einzelmaßnahmen steht unter Haushaltsvorbehalt.

02

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der neu geschaffenen Fördermöglichkeiten einen Maßnahmenkatalog zur Inanspruchnahme von Fördermitteln während des Programmzeitraums zu erarbeiten. Der Maßnahmenkatalog ist dem Stadtrat zur Bestätigung vorzulegen.

03

Auf Grundlage dieses Maßnahmenkataloges sind Projektskizzen für Einzelmaßnahmen zu erarbeiten und diese einzureichen.

04

Wird die von der Landeshauptstadt Erfurt eingereichte Projektskizze vom Freistaat Thüringen nach Bestätigung durch den ENL-Beirat in den Kreis der förderberechtigten Projekte aufgenommen, wird die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Beantragung der entsprechenden Fördermittel einzuleiten. Die zu fördernde Maßnahme ist dem Stadtrat unter Vorberatung der zuständigen Ausschüsse zur Bestätigung vorzulegen.

Anschließend wurde der TOP 9.11 aufgerufen.

9.10.        Änderungsvorschläge der Verwaltung zum laufenden        1592/15  
                 Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2016/17  
                 Einr.: Oberbürgermeister

Dieser Tagesordnungspunkt wurde direkt nach der Pause zur Beratung aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache von allen Ortsteilräten bestätigt wurde, außer von den Ortsteilräten Molsdorf, Möbisburg-Rhoda, Schmira, Bischleben-Stedten, Hochheim und Frienstedt, diese lehnten die Drucksache ab.

Der Ausschuss für Bildung und Sport gab zur Drucksache in seiner Sitzung am 30.09.2015 auf Grund der Ankündigung bzw. Erarbeitung eines interfraktionellen Antrages kein Votum ab.

Es lag ein interfraktioneller Antrag mit Drucksache 2162/15 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Hose, Fraktion CDU, begrüßte den interfraktionellen Antrag und sah ihn als ein gutes Zeichen für eine parteiübergreifende Lösung. Zudem mache das Ergebnis entschlossen für weiteres Handeln im Bereich der Bildung, erklärte er.

Frau Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, erläuterte ihre Sichtweise zur Thematik und sprach sich für weitere Lösungsvorschläge im Bereich des Schulnetzplanes und dessen Umsetzung aus.

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE. und ehrenamtliche Beigeordnete, erläuterte als Initiatorin des Antrages die Intention dessen. Sie wies darauf hin, dass dieses Korrektur notwendig gewesen sei aber dennoch nicht lange halten werde. Daher appellierte sie an alle Fraktionen für weitere interfraktionelle Treffen zum Thema Schulnetz um in weiteren Bereichen langfristige Lösungen zu finden.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, ging in seinen Ausführungen insbesondere auf die Absicherung der Grundbedürfnisse ein und erwartet, dass die Finanzierung für die Container an den betroffenen Schulen im Finanzausschuss als Verwaltungsvorlage eingereicht werde um den Schulleitern konkrete Zahlen nennen zu können. Der vorliegende interfraktionelle Antrag sei ein Kompromiss für drei Jahre, aber es, müsse danach weitere gehen, betonte er abschließend.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Änderungsvorschläge der Verwaltung in der vorliegenden Drucksache. Im Hinblick auf solch positive Ergebnisse – wie den interfraktionellen Antrag - sprach er sich für weitere interfraktionelle Zusammenarbeit zur Thematik aus.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, bedankte sich bei allen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit auch im Namen der Lehrer. Da die Lösungen zunächst nur die Grundschulen betreffen, seien Vorschläge für die weiteren Schulen notwendig, erklärte er.

Frau Diez, Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt, erläuterte ihre Sichtweise zur Thematik. Zudem begrüßte sie den vorliegenden interfraktionellen Antrag und bat die Fraktionen weiterhin an der Thematik zu arbeiten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den interfraktionellen Antrag (Drucksache 2162/15), welcher die Anlage der Ursprungsdrucksache ändert, zur Abstimmung auf.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser einstimmig bestätigt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende die Ursprungsdrucksache inkl. den zuvor bestätigten Änderungen zur Abstimmung auf.

**mit Änderungen beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**



## Beschluss

01

Der Schulnetzplan 2014/15 bis 2018/19 (Drucksache 2183/13) wird im Teil III Maßnahmenkomplexe Schulnetzplan 2014/2015 bis 2018/2019 auf Seite 64 gemäß der in der Anlage genannten Maßnahmen ab dem Schuljahr 2016/17 ergänzt. Die Anlagen 1a und 1b zur Anlage werden ebenfalls beschlossen.

Hieraus sich ergebende redaktionelle Änderungen im weiteren Text des Schulnetzplanes werden durch das Amt 40 selbstständig veranlasst.

02

Das Einvernehmen mit den TMBJS ist umgehend herzustellen und die Änderungen rechtzeitig zum Anmeldetermin der Schulanfänger 2016/17 öffentlich bekannt zu geben.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Allgemeinverfügung zu erlassen.

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)*

Im Anschluss wurde der TOP 9.3 zur Beratung aufgerufen.

9.10.1. interfraktioneller Antrag zur Drucksache 1592/15 - Änderungsvorschläge der Verwaltung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2016/17 2162/15

**bestätigt**

9.11. Kreditaufnahme aus Haushaltseinnahmerest (HER) 2014 1763/15  
Einr.: Oberbürgermeister

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.7 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 07.10.2015 bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den als HER 2014 gebildeten und in der Haushaltssatzung 2014 genehmigten Kredit in Höhe von maximal 7,0 Mio. EUR aufzunehmen.

02

Der Ausschuss Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird nach Aufnahme des Darlehens über die Konditionen informiert.

Anschließend wurde der TOP 9.14 aufgerufen.

**9.12. Obstbäume unter Schutz 1819/15**  
**Einr.: Fraktion SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,**  
**Fraktion DIE LINKE.**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.8 beraten.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 16.09.2015 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 29.09.2015 ab (Ja 5 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0).

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD,
- Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben,
- Herr Gloria, Fraktion SPD,
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Schacht, Ortsteilbürgermeister Roter Berg,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU,
- Herr Vothknecht, Fraktion CDU,
- der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes und
- Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt.

Herr Dr. Warweg und Herr Kanngießer erläuterten die Intention der gemeinsamen Vorlage und gingen auf die inhaltlichen Schwerpunkte ein.

Die Ortsteilbürgermeister erläuterten ihre Sichtweise zur Thematik und nannten Beispiele für den Umgang mit öffentlichen Obstbäumen vor Ort in ihren Ortsteilen.

Herr Stampf nahm Bezug auf einzelne Beschlusspunkte und wies darauf hin, dass zunächst die Baumschutzsatzung geändert werden sollte. Daher werde seine Fraktion der Drucksache nicht zustimmen.

Herr Kallenbach stimmte den Ausführungen von Herrn Stampf zu und wies darauf hin, dass der Verwaltungs- und Pflegeaufwand immens steigen würde und dies nach Ansicht seiner Fraktion nicht vertretbar wäre.

Zudem hinterfragte Herr Vothknecht die derzeitige Pflege des Baumkatasters.

Zu der Pflege und Bearbeitung des Baumkatasters führte der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes aus.

Abschließend ging Frau Hoyer auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und betonte, dass diese nicht aussagt, dass es nicht geht, sondern dass die Praktikabilität schwierig sei.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

**beschlossen Ja 21 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

**Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Baumschutzsatzung dahingehend abzuändern, dass in B-Plänen und Grünordnungsplänen festgesetzte Obstbäume unter den Schutz der Baumschutzsatzung fallen.**

**02**

**Die Baumschutzsatzung ist dahingehend zu erweitern, dass Antragsteller auf Fällung von Nadelbäumen als Ersatz auch Obstbäume entsprechender Größe pflanzen können und diese unter den Schutz der Baumschutzsatzung fallen.**

**03**

**Die Überarbeitung ist dem Ausschuss StU bis Dezember 2015 vorzulegen.**

**9.13. Kreditaufnahme zur Finanzierung des Investitionsvorhabens Multifunktionsarena 1974/15**  
**Eintr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb die Drucksache in seiner Sitzung am 01.10.2015 bestätigte (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache sogleich zur Abstimmung auf.

**beschlossen Ja 23 Nein 2 Enthaltung 9 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

**Der Stadtrat stimmt der Kreditaufnahme für den Erfurter Sportbetrieb in Höhe von 3.870,6 TEUR durch die Werkleitung zu.**

**02**

**Der Werkausschuss des Erfurter Sportbetriebes wird nach Aufnahme des Darlehens über die Konditionen informiert.**

**9.14. 2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2015 1986/15**  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.11 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 07.10.2015 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

**beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**Der über-/außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.**

*(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)*

Anschließend wurde der TOP 9.17 aufgerufen.

**9.15. Diversity-Richtlinie für die Außendarstellung 2084/15**  
**Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Es lag ein Antrag der Fraktionen FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vor.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, wies darauf hin, dass ein wortgleicher Antrag bereits von der SPD-Fraktion in Berlin Mitte eingereicht wurde. Zudem werden die inhaltlichen Schwerpunkte des Antrages lt. der Stellungnahme der Verwaltung bereits in die Praxis umgesetzt. Auf Grund des "gestohlenen Gedankenguts" und den Aussagen der Verwaltung sei der Antrag entbehrlich und seine Fraktion werde ihn ablehnen, erklärte er.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hielt eine sachliche Diskussion zur Thematik im Ausschuss notwendig.

Frau Hahn, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und zeigte sich unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung. Mit einer Verweisung und sachlichen Diskussion im zuständigen Ausschuss sei ihre Fraktion einverstanden, sicherte sie zu.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, verwies auf den vorliegenden Verweisungsantrag seiner Fraktion um die inhaltlichen Punkte des Antrages im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung näher beleuchten zu können.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf den Verweisungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und erklärte, dass seine Fraktion diesem zustimmen werde.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, wies abschließend darauf hin, dass die PIRATEN inhaltlich ähnliche Anträge auf ihrer Website eingestellt haben.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung auf.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

#### **Verwiesen in Ausschuss**

**9.16.           Gebührenfreies WLAN in der Stadt- und Regionalbibliothek sowie den Stadtteilbibliotheken           2085/15**  
**Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 2220/15 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vor.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, regte eine Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile an.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, sprach sich ebenfalls für eine Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen aus.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies auf den vorliegenden Antrag seiner Fraktion auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hin.

Herr Groß, Fraktion SPD, befürwortete eine Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen. Eine Beteiligung des Finanzausschusses sei nicht sinnvoll seiner Ansicht nach.

Abschließend nahm Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Bezug zur Drucksache und der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Zudem begrüßte sie eine Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Auf Nachfrage der Stadtratsvorsitzenden bezüglich der Verweisung der Drucksache einigten sich die Fraktionen auf eine Verweisung in den Ausschuss für Bildung und Sport, den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und zusätzlich in den mündlich beantragten Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen zur Abstimmung auf.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag einstimmig bestätigt und die Drucksache in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

#### **Verwiesen in Ausschuss**

<b>9.16.1.</b>	<b>Ergänzungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 2085/15 - Gebührenfreies WLAN in der Stadt- und Regionalbibliothek sowie den Stadtteilbibliotheken</b>	<b>2220/15</b>
----------------	---	----------------

#### **Verwiesen in Ausschuss**

<b>9.17.</b>	<b>Besetzungen sachkundiger Bürger in den Ausschüssen Einr.: Fraktion SPD</b>	<b>2091/15</b>
--------------	---	----------------

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 9.14 behandelt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2219/15 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 2219/15).

**mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss:**

**01**

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird wie folgt geändert:**

**Alt: NN**

**Neu: Annett Guba-Nonn**

**02**

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen wird wie folgt geändert:**

**Alt: Michael König**

**Neu: Hannes Wolff**

**03**

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Werkausschuss Entwässerungsbetrieb wird wie folgt geändert:**

**Alt: Michael König**

**Neu: Hannes Wolff**

**04**

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb wird wie folgt geändert:**

**Alt: Michael König**

**Neu: Hannes Wolff**

**05**

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Werkausschuss Theater Erfurt wird wie folgt geändert:**

**Alt: Michael König**

**Neu: Hannes Wolff**

**06**

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt wird wie folgt geändert:**

**Alt: Michael König**

**Neu: Hannes Wolff**

Da der TOP 9.18 vom Einreicher zurückgezogen wurde, erfolgte anschließend die Behandlung des TOP 9.2.

9.17.1. Änderungsantrag der SPD Fraktion zur Drucksache 2219/15  
2091/15 - Besetzung sachkundiger Bürger in den Ausschüssen

bestätigt

9.18. Überarbeitung des Nahverkehrsplans 2110/15  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

zurückgezogen

9.19. Bundesmittel für Sanierung kommunaler Einrichtungen 2111/15  
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.10.2015 einstimmig (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2218/15 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erläuterte die Intention des Antrages ihrer Fraktion und gab bekannt, dass sie den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 2111/15) übernehmen werden. Weiterhin regte sie an, vor der Meldung an das Land am 13. November einen Ausschuss wie beispielsweise den Finanzausschuss und evtl. den Ausschuss für Bildung und Sport zu beteiligen.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, gab zu Bedenken, dass die Beteiligung zu vieler Ausschüsse oftmals zeitlich nicht sinnvoll sei und sprach sich für eine Beteiligung des Finanzausschusses aus.

Hierzu regte der Amtsleiter der Stadtkämmerei an, dass in der Verfahrensregelung darauf geeinigt wurde, alle Anträge im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zu bündeln und dementsprechend eigentlich der Bau- und Verkehrsausschuss zuständig wäre.

Abschließend fasste Frau Tillmann zu folgender Protokollnotiz zusammen:

*"Also dann machen wir es doch so, dass der Finanzausschuss auf jeden Fall informiert wird und wenn auf der Strecke noch Zeit ist einen anderen Ausschuss turnusmäßig zu informieren, der Betroffen ist, dann sollten wir das zusätzlich tun."*

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Da Frau Tillmann mündlich mitteilte, dass die Fraktion CDU den Antrag der Fraktion SPD übernimmt, rief die Stadtratsvorsitzende die Ursprungsdrucksache inkl. des Antrags der Fraktion SPD (Drucksache 2218/15) zur Abstimmung auf.



mit Änderungen beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, rechtzeitig vor Antragsschluss, dem 13. November 2015, den entsprechenden Ausschüssen und den Stadtratsmitgliedern Vorschläge zu unterbreiten, wie die Stadt Erfurt von dem Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ profitieren kann.

02

Die Verwaltung wird beauftragt, im Bundesprogramm " Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" rechtzeitig vor Antragsschluss am 13. November 2015 einen entsprechenden Förderantrag zu stellen.

03

Wird die Landeshauptstadt Erfurt vom Bund in das Programm aufgenommen, wird die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen haushaltärischen Veranschlagungen im städtischen Haushalt je nach Bedarf für die kommenden Jahre vorzunehmen.

04

Die Anträge auf Förderung sind unter Vorbehalt des Haushaltes und der Sicherung der Eigenmittel zu stellen.

9.19.1. Änderungsantrag der SPD Fraktion zur Drucksache 2111 - 2218/15  
Bundesmittel für Sanierung kommunaler Einrichtungen

bestätigt

## 10. Informationen

Hierzu informierte die Stadtratsvorsitzende, dass alle Stadtratsmitglieder mit Schreiben vom 16.10.2015 (PE-Nr. 6476) den Bescheid des Landesverwaltungsamtes zur Beanstandung gemäß § 44 ThürKO (Beschluss des Stadtrates der Stadt Erfurt vom 29.01.2015 zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum § 20 Abs. 11 der Geschäftsordnung (DS 2469/14) – 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse) erhalten haben.

Weitere Informationen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke  
Stadtratsvorsitzende

gez.   
Schriftführer/in

